

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbm d

Inhalt

Michael Müller MdB zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution: Moskau reformfähig und reformwillig.

Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB zum Geschehen in Südkorea: Zeichen und Wunder?

Seite 3

Ottmar Schreiner MdB zum Koalitions-Anschlag auf das Projekt „Humanisierung des Arbeitslebens“: Keine Manövermasse für die Steuerreform.

Seite 5

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB zur Konferenz der SP-Parteiführer in Paris: Ein überfälliger Neuanfang der Sozialisten und der Sozialdemokraten in der EG.

Seite 6

42. Jahrgang / 208

30. Oktober 1987

Moskau reformfähig und reformwillig

Gedanken am Vorabend des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution

Von Michael Müller MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Arbeitsgruppe Sowjetunion

1982 hat in der Sowjetunion eine Epoche tiefgreifender Veränderungen begonnen. Was unter Partei- und Staatschef Jurij Andropow mit „Wirtschaftsexperimenten großen Stils“, ersten Ansätzen von Glasnost (zum Beispiel die Herausgabe von regelmäßigen Pressecommuniqués über die Sitzungen des Politbüros) und Kurskorrekturen in der Außenpolitik anfang, hat sich seit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow zur „radikalen Reform“ erweitert.

Die Reformen selbst radikalisiert sich im Reformprozeß, weil sie erkennen, daß die Probleme weder mit halbherzigen Maßnahmen noch mit alleinigem „Vertrauen“ auf die militärische Stärke zu beseitigen sind. Die Sowjetunion stand zu Beginn der 80er Jahre vor der Gefahr einer tiefen politischen Legitimationskrise und harter ökonomischer Rückschläge. Das politische und wirtschaftliche System, das sich vor allem unter Stalin in den 30er Jahren herausgebildet hatte und das die Gesellschaft in der Form einer zentral zu lenkenden Maschine verstand, war immer deutlicher an seine Grenzen geraten.

Die heute regierende Nachkriegsgeneration setzt deshalb auf tiefgreifende Reformen, weil aus ihrer Sicht die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen - anders als in früheren historischen Etappen - eine neue Qualität selbstbewußter Koexistenz mit dem Westen zulassen. Sie greift dabei die politischen (sozialistische Selbstverwaltung) und ökonomischen („Neue ökonomische Politik“) Ideen der Aufbaujahre der Sow-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verständnis und
mit wertvollen Beiträgen
Pressepolitik



Jetunion wieder auf, ohne sie dogmatisch zu rezipieren. Heute, im Jahr des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution, läßt sich folgendes Fazit über die Politik des Neuen Denkens ziehen:

1. Das kommunistische System der UdSSR ist reformfähig, die politische Führung ist reformwillig.
2. Anders als bei früheren Reformen handelt es sich nicht um Teilreformen, sondern um ein politisches Projekt der politischen und ökonomischen Reformen.
3. Der Reformprozeß radikalisiert sich. Mittlerweile werden die politischen Systemreformen als Voraussetzungen für den Erfolg der ökonomischen Erneuerung angesehen.
4. Es ist längst keine ausschließliche „Revolution von oben“, sondern ein Prozeß, der ständig mehr an Breite und Zustimmung an der Basis gewinnt.
5. Im Zentrum der Perestrojka steht der „Hauptfaktor Mensch“, also die bewußte Förderung der individuellen Initiative und Verantwortung.
6. Der Umgestaltungskurs wird das sozialistische System zwar verändern, aber nicht aufheben. Eine Spekulation über eine Ablösung des Sozialismus ist töricht.

Natürlich ist heute noch nicht auszumachen, ob Gorbatschows radikale Reform im vollen Umfang gelingen wird. Es stellen sich vor allem zwei kritische Fragen für die nächsten Jahre:

- 0 Was passiert Ende der 80er Jahre, wenn der alte Wirtschaftsmechanismus abgelöst wird, der neue aber noch nicht umfassend greift?
- 0 Welche Reaktionen in Staat und Partei ergeben sich aus dem Kurs der dezentralen Demokratisierung, der von der allmächtigen Partei einen erheblichen Abbau ihrer Machtpositionen verlangt?

Bislang überzeugt der Reformkurs in der UdSSR, er hat bei allen Widersprüchlichkeiten in einzelnen Aspekten eine innere Stimmigkeit. Wo im Westen die konservativen Revolutionen an ihr Ende geraten, überzeugt der Osten mit neuer Beweglichkeit. Daraus ergeben sich reformpolitische Chancen für eine Politik der Entspannung und Verständigung. Diese Perspektive setzt aber voraus, daß es nicht nur im Osten, sondern auch im Westen zu einem Neuen Denken in der Politik kommt.

(-/30.10.1987/vo-he/rs)

* * *



Zeichen und Wunder?

Gedanken zur Entwicklung in Südkorea

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Da errichten Generale eine Militärdiktatur in Südkorea. Sie mißachten die Menschenrechte. Sie gehen gegen diejenigen, die sich ihnen widersetzen, mit allen Mitteln vor, mit Tränengas, mit Freiheitsberaubung, mit Folter und auch mit Mord. Sie zimmern sich eine Staatsverfassung, die ihrem Regime eine demokratische Fassade verschaffen soll, die aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß diese Verfassung ein zusätzliches Veikel ist, damit Oppositionelle gegen die Militärdiktatur keine Chance haben. Worin wären die Zeichen und die Wunder zu erblicken?

- Darin, daß der Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei DSP die Forderungen nach Demokratisierung, nach Beseitigung des Polizeiterrors, nach Garantie der Bürgerrechte und nach Verfassungsänderung übernommen hat?
- Darin, daß er bei den Streiks eben wieder die Forderungen der Streikenden zum Teil als verständlich bezeichnet und dadurch zu einem Kompromiß beigetragen hat?
- Darin, daß sich die demokratische Opposition und die Partei der Militärdiktatur auf eine Verfassungsänderung geeinigt hat, die die Direktwahl des neuen Präsidenten ermöglicht?

Gewiß, das sind überraschende Reaktionen der Offiziersclique, die Südkorea regiert. Reaktionen, die kaum jemand vor einem Jahr für möglich gehalten hätte. Manche Kommentatoren haben in diesen Zugeständnissen schon die Beseitigung der Militärdiktatur und den Beginn einer neuen demokratischen Ära gesehen.

Das ist bei den Wohlmeinenden Wunschenken und bei Anderen Beihilfe zum Versuch des Wolfes, sich in einen Schafspelz zu hüllen, um Rotkäppchen besser fressen zu können.

Im Jahr vor dem Ende der Legislaturperiode des Militärdiktators Chun Doo Hwan entwickelte sich in Südkorea unter der Führung der Studenten eine breite kämpferische Bürgerbewegung gegen die Militärdiktatur und für Demokratie. Die Militärdiktatur konnte dieser Bürgerbewegung mit den „normalen“ polizeilichen Mitteln einer Diktatur, mit Demonstrationsverboten, mit Tränengas, mit dem Polizeiknüppel und mit Verhaftungen nicht Herr werden. Die Vereinigten Staaten haben in dieser Situation deutlich gemacht, daß sie darüber hinausgehende Gewaltmaßnahmen nicht gutheißen würden, und daß es insbesondere nicht zum Einsatz der Armee kommen dürfe. Daß vielmehr ein Eingehen auf den Wunsch der Bevölkerung nach mehr Demokratie wünschenswert erscheine.

Hinzu kommt, daß im Herbst 1988 in Südkorea die Olympiade stattfinden soll. Die Durchführung der Olympischen Spiele ist fast allen Koreanern ein nationales Anliegen. Hätte Chun Doo Hwan mit noch gewaltsameren Mitteln versucht, die Demonstrationswelle durch die Polizei oder gar durch die Armee niederzuschlagen, dann wären die Olympischen Spiele gefährdet gewesen. Bei einem Scheitern der Olympischen Spiele wäre Chun Doo Hwans Position unhaltbar geworden.

Dieser Umstand und die Haltung der Vereinigten Staaten haben bewirkt, daß der Präsidentschaftskandidat der Militärdiktatur Roh Tae Woo es für notwendig gehalten hat, auf die Demokratisierungsforderungen einzugehen.

Um einer weiteren Fehleinschätzung vorzubeugen: Roh Tae Woo gehört wie Chun Doo Hwan zu der Offiziersclique, die den Militärputsch in Korea durchgeführt und die Militärdiktatur errichtet hat. Er war auch Chef des südkoreanischen Geheimdienstes. Von Chun Doo Hwan unterscheidet er sich allenfalls dadurch, daß er eher als Chun Doo Hwan die Notwendigkeiten der Lage



erkannt und flexibler und geschickter reagiert hat. Seine Cleverness hat bewirkt, daß die Demonstrationswelle gebrochen wurde. Bei den Streiks hat er durch geschicktes Taktieren mit dazu beigetragen, daß es zu einem Kompromiß und damit zu einem Ende der Streiks gekommen ist. Sein Ansehen und seine Wahlaussichten sind dadurch in einer für die demokratische Opposition gefährlicher Weise gestiegen.

Es gibt jedoch keine glaubhaften Hinweise dafür, daß aus dem Saulus Roh Tae Woo ein Paulus geworden ist, daß die weitgehende Übernahme der Forderungen der demokratischen Opposition mehr war als ein taktisches Manöver, als ein raffinierter Schachzug, um der Protestbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Herrschaft der Militärclique und ihres Anhangs zu retten.

Chun Doo Hwan und Roh Tae Woo haben bisher alle Forderungen abgelehnt, die für sie vor den Wahlen zu einem Machtverlust geführt hätten. Insbesondere denken sie nicht daran, die Forderung zu erfüllen, eine Interimregierung einzusetzen, die sich aus allen politischen Kräften zusammensetzt und die freie und faire Wahlen gewährleistet. Die gegenwärtige Regierung wird von Militärs und Anhängern der Militärdiktatur beherrscht. Es muß befürchtet werden, daß sie die bevorstehenden Präsidenten- und Parlamentswahlen mit allen oft erprobten Mitteln beeinflussen und sogar vor massiven Wahlfälschungen nicht zurückschrecken wird.

Die Chancen Roh Tae Woos bei den Präsidentenwahlen werden nicht nur durch sein bisheriges geschicktes Taktieren und dadurch erhöht, daß er der Unterstützung des gesamten Staatsapparates sicher sein kann, möglicherweise sogar der Unterstützung der USA und auch der japanischen Regierung. Roh Tae Woos Aussichten haben sich darüber hinaus deshalb mächtig verbessert, weil die demokratische Opposition außerstande zu sein scheint, mit einem Präsidentschaftskandidaten und gestützt auf eine Partei in die Wahlauseinandersetzung zu gehen. Es ist durchaus natürlich, daß die Demokraten unterschiedlicher Auffassung über die zukünftige Politik in Korea sind, daß solche Meinungsverschiedenheiten bestehen, und daß sie mit demokratischen Mitteln ausgetragen werden, gehört zum Wesen der Demokratie.

Es ist somit folgerichtig, wenn es zukünftig in Südkorea mehrere demokratische Parteien geben wird, und wenn diese miteinander um die politische Führung ringen. Die demokratische Opposition sollte jedoch bedenken, daß der zweite Schritt nicht vor dem ersten getan werden darf. Der erste, für eine demokratische Entwicklung unerläßliche Schritt ist die Beseitigung der Militärdiktatur. Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse ist dazu ein gemeinsames Handeln aller Demokraten erforderlich. Selbst wenn es unwahrscheinlich sein sollte, daß Appelle an Demokraten zu gemeinsamem Handeln noch beachtet werden - solche Appelle sind, solange noch nicht alles verloren ist, erforderlich und müssen immer wieder mit steigender Dringlichkeit wiederholt werden.

Sollte Roh Tae Woo zum Präsidenten gewählt werden, ist zu befürchten, daß er nach der Olympiade zunächst zu autoritären und wenn diese nicht helfen, zu diktatorischen Regierungsmethoden greifen wird.

(-/30.10.1987/vo-he/rs)

* * *



Schwerer Rückschlag für „Humanisierung des Arbeitslebens“

Zum Koalitions-Vorhaben, das Forschungsprojekt zu kürzen

Von Ottmar Schreiner MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die beabsichtigte Kürzung des Etats für das Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“ um 20 Millionen DM (= circa 20 Prozent), die durch die Bemühungen des Abgeordneten Austermann nach Presseberichten offenbar vor ihrer Verwirklichung steht, bedeutet - so sie Wirklichkeit werden sollte - einen schweren Rückschlag für den seit zwei Jahren erfolgreich bewerkstelligten Konsens, die Fragen der Ergonomie, des Gesundheitsschutzes und der sozialverträglichen Gestaltung neuer Techniken, Verfahren und Werkstoffe aus dem politischen Richtungsstreit herauszuhalten.

Die nach langem und zähem Ringen am 26. Juni 1985 zustandegebrachte EntschlieÙung zum Programm HdA hat die einhellige Zustimmung des Deutschen Bundestages gefunden und dem Programm eine von allen Fraktionen getragene Bestands- und Entwicklungsgarantie beschert. Die Haushaltsansätze konnten nach den drastischen Kürzungen der „Flegeljahre“ der Wenderregierung (1984 = 83,1 Millionen DM) in zwei Schritten (1986 = 106,6 Millionen DM, 1987 = 110,8 Millionen DM) wieder auf die alte Höhe am Ende der sozialliberalen Koalition (1982 = 107 Millionen DM) zurückgeführt werden. Die jetzt von der Koalitionseite erneut in Aussicht genommene Kürzung legt nach Art und Umfang den Verdacht nahe, daß das Programm in seinem Kern getroffen werden soll, um es bei nächster Gelegenheit insgesamt aus dem Verkehr zu ziehen; so wie es gewisse Industrie-Kreise schon lange vorhatten.

Die für die Weiterentwicklung des Sozialen Friedens und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer so zentralen Bereiche wie „menschengerechte Anwendung neuer Techniken“, „Gesundheitsschutz bei neuen Werkstoffen“, „Gefahren bei Klimaanlage-versorgten Arbeitsplätzen“ sowie „arbeitsbedingte Rheuma-Erkrankungen“ sind dem Vernehmen nach von der Austermann-Koalition betroffen. Es sind also gerade die zukunftsorientierten Bereiche und damit die Entwicklungsfähigkeit des Gesamtprogramms, an die die Haushälter der Koalition Hand anlegen wollen.

Dies darf nicht wahr werden!

Der Konsens vom Juni 1985, von dem Bundesforschungsminister Riesenhuber in diesen Tagen vollmundig erklärte, er habe einen „Schlußstrich unter die kontroverse Diskussion“ des HdA-Programms gezogen und seine Weiterentwicklung garantiert (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion, Drs. 11/738 vom 26.8.1987), darf nicht dem Rotstift kleinlicher Sparkommissare geopfert werden.

Die Humanisierung des Arbeitslebens ist eine der zentralen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Sie ist keine Manövriermasse für die Steuerreform. (-/30.10.1987/vo-he/rs)

* * *



Ein Neuanfang der Sozialisten und Sozialdemokraten in der EG**Zur Konferenz der Parteiführer in Paris**

Von **Heidmarie Wleczorek-Zeul** MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Entwicklungen verlaufen heute quer zu den nationalen Grenzen, aber die Politik ist hoffnungslos auf den Rahmen des Nationalstaates fixiert - diesem traurigen Tatbestand ein Ende zu setzen, diente unter anderem ein Treffen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteiführer in der Europäischen Gemeinschaft letzte Woche in Paris. Die hochrangige Besetzung (für die SPD Hans-Jochen Vogel, für die PS Lionel Jospin, für die PSI Bettino Craxi und für Labour Neil Kinnock sowie die sozialistischen EG-Kommissare und der EG-Präsident Jacques Delors) zeigte die Bedeutung auf, die die Parteien dieser Zusammenarbeit im Rahmen des Bundes der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zukünftig setzen. Es war das erste Treffen seit mehreren Jahren, dem künftig regelmäßig zwei Treffen jährlich folgen sollen. Der nächste Treffpunkt im Frühjahr 1988 ist Rom. In Berlin ist - entsprechend dem Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel - für die zweite Hälfte des Jahres ein Treffen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteiführer aus den EG- und EFTA-Ländern vorgesehen.

Das Treffen in Paris war aktuell geprägt von der Sorge um die Krise an den Börsen. Sein eigentlicher Anlaß: Im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels auf die Einlösung der Elemente des sogenannten „Delors-Paketes“ gegenüber den mehrheitlich konservativen EG-Regierungen zu drängen und wichtige Bedingungen für die Verwirklichung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes einzuklagen. So geriet das Treffen unversehens zu einer Runde, die voller Sorge sowohl an die Adresse der US-Regierung die Forderung richtete, das gigantische Haushaltsbilanzdefizit zu reduzieren als auch an die Adresse der konservativen europäischen Regierungen, endlich eine aktive Politik der Beschäftigung in der Ausbildung einzuleiten. Mindestens mit der Labour-Party bleibt die Forderung nach Ausbau des europäischen Währungssystems unstritten, auch wenn Hans-Jochen Vogel die überzeugendsten Argumente einsetzte, um Neil Kinnock zu gewinnen.

In der Sache war das Treffen eine klare Rückenstärkung für EG-Kommissions-Präsident Jacques Delors, der ein wahrer Glücksfall für die Europäische Gemeinschaft ist. Die Parteichefs unterstützen prinzipiell die Forderung des nach dem Kommissions-Präsidenten genannten „Paketes“: neues Finanzsystem der EG, Verdoppelung der sogenannten Strukturfonds, Haushaltsdisziplin bei Wahrung der Rechte des Europäischen Parlaments, Reform der EG-Agrarpolitik. Sie setzten gleichzeitig klare Bedingungen, ohne die die Verwirklichung des großen gemeinsamen Binnenmarktes in der EG schwerlich vorankommen wird: 1. ein regionaler Ausgleich zugunsten der wirtschaftsschwächeren Länder, 2. die Verwirklichung des „sozialen Europas“ - der große gemeinsame Markt darf nicht zu Lasten der Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der EG durchgesetzt werden. 3. Stärkere technologische Zusammenarbeit zur „europäischen Selbstbehauptung“, 4. gemeinschaftliche Umweltpolitik, 5. bessere, integrierte Währungszusammenarbeit, 6. abgestimmte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, 7. geplantere EG-Außenhandelspolitik.

Alles in allem: ein längst überfälliger Neuanfang der Sozialisten und Sozialdemokraten in der EG. Die nächste Stufe der Kooperation wurde in Paris bereits sichtbar: gemeinsame Initiativen zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

(-/30.10.1987/vo-he/rs)

* * *